

Natur, Klima und Zivilgesellschaft schützen - Einschränkungen verhindern

Deutscher Bundestag

Drucksache: 21/4757 | Datum: 2026-03-17 | Fraktion(en): GRÜNE | GWÖ-Score:
9.0/10

[++] Empfehlung: Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag kritisiert die Bundesregierung als Frontalangriff auf Natur, Klima und ökologische Zivilgesellschaft und fordert den Erhalt und Ausbau von Umweltrechten, Klimaschutzmaßnahmen, natürlicher Infrastruktur und zivilgesellschaftlicher Mitbestimmung.

- Verteidigung des Verbandsklagerechts
- Erhalt der Eingriffsregelung und des Verursacherprinzips im Naturschutz
- Priorisierung von Arten-, Gewässer-, Boden- und Waldschutz als Sicherheitspolitik
- Entschlossener Ausstieg aus fossilen Energien
- Verteidigung des europäischen Green Deal

GWÖ-Treue

Score: 9.0/10

Begründung: Der Antrag stärkt systematisch alle fünf GWÖ-Werte: Menschenwürde durch Schutz gesundheitsgefährdender Umweltbelastungen (D1), Solidarität durch Förderung zivilgesellschaftlicher Mitverantwortung (D2/C5), ökologische Nachhaltigkeit durch konsequente Ablehnung fossiler Abhängigkeiten und Artenzerstörung (E3/D3), soziale Gerechtigkeit durch Fokus auf Mieter*innenbelastung und Verteilungsgerechtigkeit bei Klimakosten (D4), sowie Transparenz & Mitbestimmung durch Verteidigung von Verbandsklage, Beteiligungsrechten und NGO-Arbeit (D5/C5). Kein Feld weist einen negativen Ratingwert auf; mehrere Felder erreichen ++.

Schwerpunkte: D1, D3, D5, E3

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen	++				
B: Finanzen					

	1	2	3	4	5
C: Führung/Verwaltung					++
D: Bürger:innen	++		++	++	++
E: Gesellschaft/Natur			++		

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **D1:** Schutz vor gesundheitsschädlichen Luftschadstoffen, Wasser-Verschmutzung [++]
- **D3:** Priorisierung als natürliche Infrastruktur und Sicherheitspolitik [++]
- **D4:** Kritik an Teuer-Heizen-Gesetz und Belastung von Mieter*innen durch fossile Politik [++]
- **D5:** Verteidigung von Verbandsklagerecht, Beteiligungsrechten, NGO-Förderung [+]
- **E3:** Verweis auf globales Emissionsbudget, historische Verursacherverantwortung, Green Deal [++]
- **C5:** Forderung nach evidenzbasierter Planungsbeschleunigung statt Rechtsabbau [++]
- **A1:** Kritik an Freikauf-Mechanismen für Naturzerstörung, Erhalt des Verursacherprinzips [++]

Programmtreue

CDU

Wahlprogramm: 1.0/10 — Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Kernpositionen: Kritik an 'Solarkiller' und 'Beton-Turbo' steht im Konflikt mit CDU-Wahlprogramm 2022 zur Technologieoffenheit, Straßenbau-UN-D-ÖPNV-Ausbau und Klimaneutralität 2045. Die Forderung nach Abschaffung des 'überragenden öffentlichen Interesses für Autobahnen' widerspricht explizit der Infrastruktur-Politik der CDU.

Parteiprogramm: 2.0/10 — Der Antrag lehnt Kerninstrumente der CDU-Umweltpolitik ab (z.B. Freikauf, 'überragendes öffentliches Interesse'), kritisiert den Ausbau fossiler Infrastruktur nicht grundsätzlich, sondern fordert stattdessen 'klimafreundliche Erzeugung und Speicherung gerade von Strom und Wasserstoff' — was in Q10 ausdrücklich befürwortet wird. Der Antrag ignoriert die CDU-Betonung von Kreislaufwirtschaft (Q8) und Subsidiarität (Q6).

CSU

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

AfD

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

SPD

Wahlprogramm: 6.0/10 — Teilweise übereinstimmend: Kritik an Belastung von Mieter*innen („Teuer-Heizen-Gesetz“) korrespondiert mit SPD-Wahlprogramm NRW 2022 zu Wohnen und Sozialem. Forderung nach Klimaneutralität 2040 und Kohleausstieg beschleunigen passt zum Programm. Aber: Der Antrag geht über das SPD-Wahlprogramm hinaus (z.B. Kohleausstieg 2030, Solarpflicht) und kritisiert Regierungspolitik, an der die SPD beteiligt ist — daher keine vollständige Übereinstimmung.

Parteiprogramm: 7.0/10 — Der Antrag entspricht dem Hamburger Programm in Kernaspekten: Ökologische Verantwortung als Teil der Grundwerte (Q11), Schutz der Natur als Eigenwert (Q15), und soziale Gerechtigkeit bei Klimakosten (Q13). Allerdings fehlt der explizite Bezug zu 'demokratischem Sozialismus' oder 'Recht auf Arbeit', weshalb kein Volltreffer.

GRÜNE (Antragsteller)

Wahlprogramm: 10.0/10 — Der Antrag ist eine direkte Umsetzung des GRÜNEN Wahlprogramms NRW 2022: Klimaneutralität deutlich vor 2040, Kohleausstieg 2030, 100% Erneuerbare, Solarpflicht, Windkraftausbau, 30% Naturschutzfläche, Bürger:innenräte und Partizipation. Jeder Kernpunkt des Antrags findet sich wörtlich oder strukturell im Programm wieder.

Parteiprogramm: 10.0/10 — Der Antrag spiegelt exakt die Leitideen des GRÜNEN Grundsatzprogramms 2020 wider: planetare Grenzen (Q5), Klimaschutz als Menschheitsaufgabe (Q3), biologische Vielfalt als 'Barometer des Lebens' (Q1), ökologische Gerechtigkeit zwischen Generationen (Q2), und Partizipation als zentrales Demokratieelement (Q9).

LINKE

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

BSW

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

FDP

Wahlprogramm: 1.0/10 — Der Antrag widerspricht grundlegenden FDP-Positionen: Kritik an 'Bürokratieabbau' als 'verkürzt verstandenen Begriff' steht im Gegensatz zur FDP-Forderung nach Bürokratieabbau und Technologieoffenheit. Die Ablehnung von Freikauf-Mechanismen widerspricht dem FDP-Prinzip der Eigenverantwortung und Marktwirtschaftlichkeit. Die Forderung nach staatlicher Planungshoheit ('realen Ausgleichspflicht') widerspricht dem FDP-Leitbild einer schlanken Verwaltung.

Parteiprogramm: 1.0/10 — Der Antrag lehnt die FDP-Leitideen 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' (Q7) und 'freie Marktwirtschaft' (Q12) ab, indem er staatliche Regulierung, Verursacherprinzip und Planungshoheit stärkt. Die Forderung nach 'evidenzbasierter Planungsbeschleunigung' wird nicht als Entlastung, sondern

als Kontrollinstrument gegen Rechtsabbau dargestellt — entgegen dem FDP-Verständnis von Effizienz.

Verbesserungsvorschläge

Original:

Die Strategie dahinter ist offensichtlich: Wer Umweltverbände und Ehrenamtliche diskreditiert und ihre Rechte beschneidet, will kritische Stimmen leise machen.

Vorschlag:

Die Strategie dahinter ist offensichtlich: Wer Umweltverbände und Ehrenamtliche diskreditiert und ihre Rechte beschneidet, **untergräbt die demokratische Kontrolle staatlichen Handelns und schwächt die Rechtsstaatlichkeit.**

Stärkt den Bezug zu GWÖ-Wert 'Menschenwürde' (Rechtsstaatsprinzip) und 'Transparenz & Mitbestimmung' (Demokratie), ohne polemische Sprache.

Original:

Solarkiller, Teuer-Heizen-Gesetz, Beschränkung der Verbandsklage, Abschaffung der realen Ausgleichspflicht für Eingriffe in die Natur und damit des Verursacherprinzips bei Naturzerstörung, Einführung eines überragenden öffentlichen Interesses für Autobahnen, Schwächung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beton-Turbo, verschleppte Klimapolitik, Verbrenner-Aus-Aus und die Rückabwicklung des Green-Deal gehören zur traurigen Bilanz nach knapp einem Jahr dieser Regierung.

Vorschlag:

~~Solarkiller, Teuer-Heizen-Gesetz, Beschränkung der Verbandsklage, Abschaffung der realen Ausgleichspflicht für Eingriffe in die Natur und damit des Verursacherprinzips bei Naturzerstörung, Einführung eines überragenden öffentlichen Interesses für Autobahnen, Schwächung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beton-Turbo, verschleppte Klimapolitik, Verbrenner-Aus-Aus und die Rückabwicklung des Green-Deal~~ **konkrete Gesetzesvorhaben und Verordnungen, die dokumentiert sind und deren rechtliche und ökologische Folgen nachweisbar sind**, gehören zur traurigen Bilanz nach knapp einem Jahr dieser Regierung.

Erhöht sachliche Glaubwürdigkeit und GWÖ-Treue zu 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) durch Vermeidung von Kampfbegriffen und Fokussierung auf nachprüfbare Sachverhalte.

Zusammenfassung

Stärken

- Klare Verankerung aller fünf GWÖ-Werte
- Direkte Verbindung von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit
- Systematische Verteidigung demokratischer Kontrollinstrumente (Verbandsklage, Beteiligung)

Schwächen

- Keine konkreten Umsetzungsvorschläge für kommunale Ebene
- Polemische Sprache in Teilen beeinträchtigt GWÖ-Wert 'Transparenz'

- Konsequente Einbettung in planetare Grenzen und globale Verantwortung

Erstellt mit GWÖ-Antragsprüfer v4.1 | Matrix 2.0 für Gemeinden

germany.econgood.org

Original-Antrag

Drucksache 21/4757

Natur, Klima und Zivilgesellschaft schützen - Einschränkungen verhindern

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Jan-Niclas Gesenhues, Dr. Julia Verlinden, Steffi Lemke, Harald Ebner, Julia Schneider, Lisa Badum, Dr. Alaa Alhamwi, Ayse Asar, Dr. Armin Grau, Dr. Andrea Lübcke, Dr. Zoe Mayer, Swantje Henrike Michaelsen, Dr. Irene Mihalic, Claudia Müller, Marlene Schönberger, Johannes Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Natur, Klima und Zivilgesellschaft schützen – Einschränkungen verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Diese Bundesregierung fährt einen Frontalangriff auf Natur, Klima und die ökologische Zivilgesellschaft.

Zunächst will die Koalition das Verbandsklagerecht beschneiden. Damit wird die Natur ihrer Anwälte beraubt, die dafür sorgen, dass Umweltrecht eingehalten wird: etwa, wenn Grenzwerte für gesundheitsschädliche Luftschadstoffe überschritten und Artenschutzvorgaben missachtet werden, Wasser verschmutzt wird und Klimaschutzmaßnahmen nicht ausreichend sind. Gleichzeitig will die Bundesregierung, dass Verursacher*innen von Naturzerstörung sich einfach freikaufen können und Straßenneubau sowie Infrastrukturprojekte schnell durchgedrückt werden – selbst, wenn dadurch wertvolle Lebensräume unwiederbringlich zerstört werden.

Parallel führt die Bundesregierung Deutschland zurück in neue fossile Abhängigkeiten. Der Ausbau von Solarenergie soll ausgebremst und beim Heizen soll weiter auf fossile Energien gesetzt werden – mit steigenden Kosten vor allem für Mieter*innen. In einer Zeit instabiler Ölpreise und wachsender geopolitischer Risiken ist diese Politik nicht nur klimapolitisch fatal, sondern auch verantwortungslos.

Flankiert wird dieser Kurs von einem immer aggressiveren Angriff auf Nichtregierungsorganisationen und Ehrenamtliche. Umweltverbände werden diffamiert und mit etlichen Vorgaben überfrachtet, Förderprogramme gekürzt und Beteiligungsrechte eingeschränkt. Engagierte Bürger*innen, die sich ehrenamtlich für Natur- und Umweltschutz einsetzen, werden von Teilen der Politik gezielt schlechtgeredet und ihre wichtige Arbeit für unsere natürlichen Lebensgrundlagen als wirtschaftsfeindlich verunglimpft.

Zivilgesellschaftliche Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag für unser demokratisches Gemeinwesen. Durch gezieltes NGO-Bashing bedient die Bundesregierung aber rechtspopulistische Narrative und spielt damit Antidemokrat*innen in die Hände. Wenn ausgerechnet Umweltschützer*innen als Gefahr für die Demokratie diffamiert werden, ist das nicht nur absurd, sondern brandgefährlich.

Die Strategie dahinter ist offensichtlich: Wer Umweltverbände und Ehrenamtliche diskreditiert und ihre Rechte beschneidet, will kritische Stimmen leise machen. Denn

ohne sie gäbe es weniger Widerstand gegen Naturzerstörung, weniger Kontrolle staatlichen Handelns, mehr Profit für wenige und weniger Druck für echten Klimaschutz.

Anstatt, dass die Bundesregierung rote Linien beim Umwelt-, Klima- und Naturschutz zieht, dreht sie zentrale Errungenschaften zurück: Solarkiller, Teuer-Heizen-Gesetz, Beschränkung der Verbandsklage, Abschaffung der realen Ausgleichspflicht für Eingriffe in die Natur und damit des Verursacherprinzips bei Naturzerstörung, Einführung eines überragenden öffentlichen Interesses für Autobahnen, Schwächung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beton-Turbo, verschleppte Klimapolitik, Verbrenner-Aus-Aus und die Rückabwicklung des Green-Deals gehören zur traurigen Bilanz nach knapp einem Jahr dieser Regierung. Die Summe dieser Maßnahmen ist nichts weniger als der größte Angriff auf Natur-, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Umweltverbände und zivilgesellschaftliche Initiativen finanziell und ideell zu unterstützen. Beteiligungs- und Klagerechte sollen nicht eingeschränkt werden;
2. die bewährte Eingriffsregelung und das Eingriffsvermeidungsgebot des Naturschutzgesetzes als seinen wesentlichen Kern gerade im 50. Jahr seines Bestehens zu erhalten, statt sie abzuschaffen;
3. Maßnahmen gegen das Artensterben sowie für den Schutz von Gewässern, Böden, Wäldern und der Luft zu priorisieren, sie aufgrund ihrer Funktion für den Erhalt und die Stärkung der natürlichen Infrastruktur ins überragende öffentliche Interesse zu stellen, als Sicherheitspolitik zu begreifen und zur Querschnittsaufgabe aller angrenzender Politikfelder zu machen;
4. den Ausstieg aus fossilen Energien entschlossen voranzutreiben, statt neue Abhängigkeiten zu schaffen. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht weiter ausgebremst, sondern müssen konsequent umgesetzt werden;
5. evidenzbasierte Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung, die im Einklang mit Umwelt- und Rechtsstandards stehen, vorzulegen und einen unterkomplexen, verkürzt verstandenen Begriff von „Bürokratieabbau“ nicht länger gegen Natur-, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz auszuspielen, und stattdessen echten Bürokratieabbau im Verwaltungs- und Gesetzesvollzug zu betreiben, der nicht einseitig einen schädlichen Abbau von Schutzstandards zum Ziel hat;
6. den europäischen Green Deal zu verteidigen und weiterzuentwickeln und sich auf europäischer Ebene entschlossen gegen Versuche zu stellen, zentrale Errungenschaften und Instrumente im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zurückzudrehen.

Berlin, den 17. März 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion